

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

Streit um Richter gefährdet Regierung

Auch beinahe ein halbes Jahr nach den Wahlen in Pakistan hat die neue Regierung ihr Versprechen nicht erfüllt, die von Präsident Musharraf im November abgesetzten Richter wieder einzusetzen. Die *Pakistan Muslim League* (PML-N) von Nawaz Sharif hat am 13. Mai ihre Minister aus der Zentralregierung zurückgezogen – bisher allerdings ohne der Regierung ihre Unterstützung zu entziehen. Allerdings wächst der Unmut in der Partei, dass auch mehrere „Gipfeltreffen“ zwischen Nawaz Sharif und dem Chef der nun alleine regierenden *Pakistan People's Party* (PPP), Asif Zardari, keinen Durchbruch brachten. Im Juni forderten die gut organisierten Anwälte ein weiteres Mal in einer landesweiten Kampagne die Wiedereinsetzung der Richter. In einem „Langen Marsch“ zogen die Juristen aus allen Landesteilen nach Islamabad, wo zum Abschluss nach Regierungsangaben zehntausende, nach Medienangaben hunderttausende für die Wiedereinsetzung des abgesetzten Obersten Richters Iftikhar Chaudhry und seiner Kollegen demonstrierten. Allerdings kam es danach zu Streit unter den Anwälten über ihr weiteres Vorgehen. Iftikhar Chaudhry wird nach wie vor frenetisch empfangen, wo immer er auftritt, zuletzt von Tausenden in Karachi. Nach Ansicht der meisten Beobachter hat die von Benazir Bhuttos Witwer Asif Zardari geführte PPP die Wiedereinsetzung der Richter bislang verzögert, um Präsident Musharraf und die USA nicht zu brüskieren.

Nachwahlen ohne Nawaz Sharif

Bei Nachwahlen zum nationalen und den Provinzparlamenten Ende Juni hat Nawaz Sharifs PML-N die meisten Sitze gewonnen, gefolgt von der PPP. Nawaz Sharif selber durfte aber aufgrund eines Gerichtsurteils nicht an den Wahlen teilnehmen; in seinem Wahlkreis wurden sie verschoben. Die Regierung hat die Gerichtsentscheidung angefochten.

Spannungen mit Afghanistan und USA nehmen zu

Afghanistan hat den Ton gegenüber Pakistan noch einmal deutlich verschärft und das Nachbarland bei zahlreichen Gelegenheiten auf internationaler Bühne für das Erstarken der Taliban in der Grenzregion verantwortlich gemacht – so auch während des Kabul-Besuchs von Bundesaußenminister Steinmeier im Juli. Präsident Karzai stützt sich offenbar auf die Unterstützung der Ver-

einigten Staaten. US-geführte NATO-Truppen haben mehrfach Ziele in Pakistan aus der Luft beschossen und auch mehrere pakistanische Paramilitärs an der Grenze, vermutlich aus Versehen, getötet – was zu schweren Verstimmungen mit Islamabad führte. Während die USA Pakistan eine Verdreifachung der nichtmilitärischen Hilfe in Aussicht gestellt haben, soll weitere Militärhilfe an Erfolge im Kampf gegen die Taliban geknüpft werden. Bei seinem Antritts-Besuch in den USA im Juli hat Premierminister Yousaf Raza Gillani Medienberichten zufolge schwere Kritik von Präsident Bush an weiter bestehenden Kontakten zwischen dem pakistanischen Geheimdienst ISI und den Taliban zu hören bekommen. ISI-Agenten würden Informationen über US-Operationen im Vorfeld an Militante weitergeben. Offenbar haben die USA daraufhin aufgehört, Pakistan vorher von Militärschlägen zu informieren. Bush habe den Premierminister offenbar direkt gefragt, wer den ISI eigentlich kontrolliere, verriet Verteidigungsminister Ahmed Mukhtar im pakistanischen Fernsehen. Zwischenzeitlich kündigte die Regierung dann an, den ISI dem Innenministerium unterstellen zu wollen; dieser Plan wurde aber schnell fallen gelassen und als „Missverständnis“ dargestellt, was zu weiterem Hohn und Spott in der Presse führte. Informationsministerin Sherry Rehman gab zu, dass „einzelne Agenten“ im ISI weiterhin mit den Taliban sympathisieren könnten; sie verträten aber nicht die Linie der pakistanischen Regierung und müssten aus dem Dienst entfernt werden. Besorgt schauen viele in Pakistan auch auf den Präsidentschaftswahlkampf in den USA. In zahlreichen Auftritten hat der aussichtsreiche demokratische Bewerber für das Amt des US-Präsidenten, Barack Obama, klar gemacht, dass er die Bekämpfung von Al-Qaida und den Taliban in Afghanistan und Pakistan als außenpolitische Priorität sieht und den Druck auf Pakistan noch erhöhen dürfte, mehr gegen die islamistischen Militanten zu unternehmen. Andernfalls, so Obama, behielten sich die USA weitere unilaterale Militäreinsätze gegen Al-Qaida auf pakistanischem Territorium vor. Allerdings hat sich Obama auch stärker als republikanische Politiker zur Demokratie in Pakistan bekannt.

Neue Militäroperationen im Nordwesten

Auch die neue pakistanische Regierung, die zunächst erklärt hatte, auf Gespräche mit militanten Gruppen im Nordwesten zu setzen, hat mittlerweile massiv die Armee gegen militante Islamisten eingesetzt. Den Anfang machte eine Militäroperation gegen eine lokale, nicht

mit den Taliban in Verbindung stehende Miliz in der *Khyber Agency* Ende Juni. Im Juli folgten Kämpfe bei Han-gu, nachdem Aufständische 17 Paramilitärs überfallen und getötet hatten. Inzwischen ist es seit Ende Juli auch in der früheren Touristen-Hochburg Swat in der Nord-west-Grenzprovinz zu schweren Kämpfen mit mehr als hundert Toten gekommen. In Swat hatte monatelang ein Waffenstillstand bestanden, nachdem die Regierung Gil-lani den Militanten um Maulana Fazlullah Zugeständnisse gemacht hatte. Fazlullah, der auf der Einführung der Scharia in Swat besteht, warf der Regierung vor, das Abkommen nicht einzuhalten. Seine Anhänger entführten und töteten daraufhin Soldaten und ISI-Agenten und zerstörten mehrere Mädchen-Schulen in Swat. Die Islamisten haben seit 2007 auch praktisch Polio-Impfungen in Swat verhindert mit der Begründung, die Impfung mache Kinder unfruchtbar. Inzwischen sind in Swat mehrere Fälle von Polio aufgetreten. Der pakistanische Taliban-Führer Baitullah Mehsud hat derweil alle Verhandlungen mit der Regierung abgebrochen.

Amnesty setzt sich für „Verschwundene“ ein

Die Menschenrechtsorganisation *amnesty international* (ai) hat Pakistan in einem im Juni veröffentlichten ausführlichen Dossier mit zahlreichen Beispielen aufgefordert, Klärung über den Verbleib von Hunderten von seit 2001 „verschwundenen“ Männern und Frauen herbeizuführen. Die Gesamtzahl der Verschwundenen sei schwer zu schätzen, so *amnesty* in dem Bericht. Es handelt sich dabei nicht nur um Menschen, die im Zusammenhang mit dem „Krieg gegen den Terrorismus“ vermutlich von den Geheimdiensten verschleppt wurden, sondern auch beispielsweise um Nationalisten aus Belutschistan und Sindh. Die neue Regierung habe auf internationaler Bühne das Problem bisher weitgehend geleugnet, befand *amnesty*. ai schließt sich der Forderung an, die unabhängige Justiz in Pakistan wieder einzusetzen, um die Fälle zu klären. Mittlerweile hat besonders ein spektakulärer Fall die Öffentlichkeit in Pakistan bewegt: Die 35-jährige Dr. Afia Siddiqua verschwand vor fünf Jahren mit ihren drei Kindern aus Karachi und soll sich in der US-Basis in Bagram in Afghanistan oder in Guantánamo befinden, so ihr Anwalt.

www.amnesty.org/en/library/asset/ASA33/018/2008/en/0de43038-57dd-11dd-be62-3f7ba2157024/asa-330182008eng.pdf

Anschlag auf dänische Botschaft

Bei einem Selbstmordanschlag auf die dänische Botschaft in Islamabad starben am 2. Juni sechs Pakistaner. Es ist unklar, wer die Tat begangen hat. Pakistanische Medien berichteten, der Attentäter stamme aus Saudi-Arabien,

was die saudische Botschaft allerdings dementierte. Der Anschlag wird im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Karikaturen des Propheten Mohammed in dänischen Zeitungen gesehen.

Wirtschaftskrise verschärft sich

Die Krise der pakistanischen Wirtschaft hat sich verschlimmert und ist zur wohl schwersten Herausforderung für die Regierung von Premierminister Gillani geworden. In seiner ersten Fernsehansprache an die Nation im Juli befasste sich Gillani ausführlich mit Themen wie Inflation und gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreisen, stundenlangen Stromausfällen und Arbeitslosigkeit. Der Index der Verbraucherpreise lag im Juni bei fast 22 Prozent über dem Vorjahresstand. Der Preisanstieg bei Lebensmitteln beträgt sogar 32 Prozent. Die Zentralbank hat bereits zum dritten Mal in diesem Jahr den Leitzins erhöht, um die Inflation einzudämmen. Die Gouverneurin der *State Bank of Pakistan*, Shamshad Akhtar, warnte die Regierung dringend davor, weiterhin so viele Kredite aufzunehmen und damit die Inflation anzuheizen. Im Juli kam es auch zu Unruhen an der wichtigsten Börse des Landes in Karachi, als wütende Aktienbesitzer mit Steinen warfen, um angesichts rasant verfallender Kurse eine Suspendierung des Handels zu fordern. Anfang August erreichte der Börsen-Index ein 18-Monats-Tief. Als Grund wird von Analysten vor allem die innen- und außenpolitische Unsicherheit genannt.

Bergsteiger am K2 verunglückt

Bei dem schlimmsten Bergsteigerunglück bisher in Pakistan starben mindestens 11 Bergsteiger aus verschiedenen Ländern Anfang August am K2, dem mit 8611 Metern zweithöchsten Berg der Welt im Karakorum-Gebirge in Pakistans Norden. Ursache des Unglücks war der Einsturz einer Eiswand und daran anschließend eine Lawine auf einer Höhe von über 8200 Metern, die mehrere Bergsteiger in die Tiefe riss und anderen den Abstieg versperrte. In spektakulären Rettungsflügen wurden mehrere überlebende Bergsteiger von der pakistanischen Luftwaffe mit Hubschraubern geborgen. Am Nanga Parbat starb Ende Juli ein italienischer Bergsteiger, während zwei andere per Helikopter evakuiert werden konnten. Der K2, auf dem bisher mehr als 70 Alpinisten ihr Leben verloren haben, gilt als schwieriger zu besteigen als der 240 Meter höhere Mount Everest. Der Extrembergsteiger Reinhold Messner machte die zunehmende Kommerzialisierung des Bergsteigersports mitverantwortlich für das Unglück. Viele Extrembergsteiger wüssten nicht recht, wie sie in Schlechtwetterperioden oder ohne Sicherungsseile reagieren sollten.